



Ihre Krise – nicht auf unserem Rücken!

Wir haben uns im "Stuttgarter Krisenbündnis" zusammengeschlossen, weil wir nicht wollen, dass die kapitalistische Wirtschaftskrise, die durch die Corona-Pandemie verschärft wurde, auf unserem Rücken ausgetragen wird:

Die Kosten der Krise müssen die Reichen, Konzerne und Banken tragen, die jahrelang von Privatisierung, Sozialabbau, Niedriglöhnen und einer ungerechten Steuerpolitik profitiert haben.

Wir wollen auch nicht zurück zum Zustand vor der Pandemie.

Wir wollen, dass Konsequenzen aus der Krise gezogen werden.

Gemeinsam setzen wir uns ein für eine solidarische, menschenwürdigere Zukunft in einer intakten Umwelt.

Gemeinsam treten wir ein für grundsätzliche Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir – das sind Gruppen, Organisationen und Parteien aus gewerkschaftlichen, linken, antifaschistischen, künstlerischen, ökologischen, migrantischen und Jugend-Bereichen.

In der Krise zeigt sich, wie wichtig der Öffentliche Dienst ist. Er muss – auch finanziell – gestärkt und die Beschäftigten müssen angemessen bezahlt werden. Der ÖPNV muss ausgebaut und verbilligt werden, um zu einer sozial-ökologischen Verkehrswende zu kommen. Was ein funktionierendes öffentliches Gesundheitswesen bedeutet, haben die vergangenen Monate gezeigt – daher sind wir gegen Privatisierungen von Krankenhäusern, stattdessen für die Re-Kommunalisierung vor allem solcher Krankenhäuser, die zu Krankenhauskonzernen gehören. Die Fallpauschalen (DRG) müssen abgeschafft werden.

Profite mit der Gesundheit – nicht mit uns.

Wir treten ein für bessere Arbeitsbedingungen in allen Bereichen, mit gleichen Rechten für Männer und Frauen. Sorgearbeit muss kollektiv und gerecht organisiert werden. Frauen dürfen nicht länger patriarchaler Gewalt ausgesetzt sein.

Wir halten deutliche Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und ggfs. Personal- ausgleich für nötig, engagieren uns mit den Betroffenen gegen Entlassungen, Verlagerungen und Standortschließungen und unterstützen eine kämpferische Gewerkschaftspolitik.

Wir brauchen mehr Geld und Personal für Erziehung und Bildung, Wertschätzung und finanzielle Sicherheit für Künstler und Kulturschaffende – gerade in der Krise, aber auch danach.

Sozial- und Versicherungsleistungen müssen erhöht, das Hartz IV-System muss abgeschafft und durch eine sanktionsfreie Grundsicherung ersetzt werden. Der Bezug des Arbeitslosengeldes muss verlängert werden.

All das ist finanzierbar – durch eine Umverteilung des geradezu obszönen Reichtums der 1,47 Mio Millionäre und der etwa 170 Milliarden in Deutschland:

- durch eine Krisenabgabe bei hohem Geldvermögen von über 1 Mio €;
- durch eine Vermögenssteuer, die ihren Namen auch verdient;
- durch höhere Unternehmenssteuern anstatt ständiger Entlastungen;
- durch kräftige Kürzung der Rüstungsausgaben;
- durch eine dauerhafte Abschaffung der Schuldenbremse für öffentliche Haushalte.

Wir brauchen bezahlbare Wohnungen, gerade auch in unserer Stadt. Wohnen ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht.

Auch während der Corona-Pandemie geht die Klimakrise weiter – wir brauchen einen klimagerechten Umbau der Wirtschaft, der nicht auf dem Rücken der Beschäftigten durchgeführt wird.

Die Pandemie zeigt, wie wichtig internationale Solidarität ist. Stattdessen aber werden die internationalen Beziehungen immer weiter verschärft durch erhöhte Rüstung und Rüstungsexporte und neue Waffenprogramme, durch das Anheizen von Kriegen und Wirtschaftskriegen, durch Sanktionen und Boykotte. Dadurch und durch ungleiche Wirtschaftsbeziehungen werden viele Länder weiter ins Elend gestürzt, ungezählte Menschen verlieren ihre Lebensgrundlagen.

Wir wollen keine Welt, in der Millionen Menschen aus ihren Ländern fliehen müssen und dann zu Tausenden im Mittelmeer und Atlantik ertrinken!

Eine solche Umkehr der gegenwärtigen Politik wollen wir gemeinsam erkämpfen – gegen die herrschenden Kräfte in unserer Gesellschaft.

Dafür brauchen wir mehr Freiheitsrechte und keine Einschränkung durch verschärfte Polizeigesetze.

Wir stellen uns rechtsradikalen, rassistischen, neofaschistischen Kräften entgegen und fordern deren Entfernung aus den Sicherheitsapparaten.

Wir wollen eine Welt, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen, nicht der Profit von einigen Wenigen!

Wir wollen, dass unsere Kinder und Enkel in einer menschenwürdigen und solidarischen Welt, in einer intakten Umwelt aufwachsen!

Nach dem Wahltag droht der Zahltag:

Die Bundesregierung versucht, die Wucht der Krise (u.a. mit Kurzarbeitergeld) bis nach der Bundestagswahl im Herbst 2021 zu verschieben. Doch: Wer bezahlt die vielen Milliarden, die jetzt vor allem an Großunternehmen vergeben werden?

Wir sagen: Die Reichen müssen zahlen, die Banken und Konzerne! Runter mit der Rüstung!

Das "Krisenbündnis" ist offen für weitere MitstreiterInnen, Organisationen oder Einzelpersonen.

Kontakt: krisenbueundnis@lists.riseup.net

[//krisenbueundnis-stuttgart.org](http://krisenbueundnis-stuttgart.org)

V.i.S.d.P.: Norbert Heckl, Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20